

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Dienstag (Nachmittag), 29. November 2016

Polizei- und Militärdirektion

**55 2016.RRGR.622 Motion 128-2016 Wenger (Spiez, EVP)
Einführung einer ökologischen Lenkungsabgabe für die Inverkehrsetzung von Motorfahrzeugen**

:

Fortsetzung

Präsident. Wir fahren weiter mit Traktandum 55 der POM. Wir sind bei den Einzelsprechern zur Motion von Grossrat Wenger stehengeblieben. Die Grossräte Guggisberg und Brand haben sich bereits geäussert. Ab jetzt ist die Liste offen für alle anderen Einzelsprecher, die sich noch äussern wollen. Ich begrüsse Herrn Regierungsrat Käser.

Daniel Trüssel, Trimstein (glp). Sie können sich vorstellen, dass dieses Anliegen bei uns sehr differenziert betrachtet wurde. Schon allein die roten Köpfe, die das Thema bei einigen ausgelöst hat, waren es wert, diesen Vorstoss einzureichen. Für mich hat dieses Geschäft keinen fiskalen Charakter. Ich kann nicht wählen, ob ich Steuern zahlen will oder nicht. Wenn diese Gebühr mich dazu motiviert, nicht eine grossvolumige – entschuldigen Sie den Ausdruck: – Penisverlängerung zu kaufen, sondern ein effizientes Fahrzeug, ist dies vielleicht aus volkswirtschaftlicher Sicht gar nicht so schlecht. Wenn jeder für den Schaden, den er der Umwelt zufügt, etwas bezahlt, finde ich das nicht so schlecht und auch nicht so unliberal, wie es von vielen dargestellt wurde. Danke, dass Sie den Vorstoss als Postulat unterstützen.

Präsident. Mir fehlt leider ein Knopf, um einen Piepton zu erzeugen, wenn solche Ausdrücke verwendet werden! (*Heiterkeit.*)

Ulrich Stähli, Gasel (BDP). Als ökologisch denkender Bauer bin ich klar für eine Lenkungsabgabe. Es ist eine einmalige Abgabe. Sie betrifft gemäss den Unterlagen Personenwagen, also nicht die Lieferwagen unserer Gewerbetreibenden, die auf günstige Fahrzeuge angewiesen sind, und auch nicht schwere Motorfahrzeuge. Ich denke, dieser Vorstoss betrifft eher diejenigen, die es sich leisten können, neue schwere Personenwagen zu kaufen, die zu gross sind, als dass sie auf gewöhnlichen Parkplätzen abgestellt werden können. Mir wurde vorgeworfen, wir seien keine bürgerliche Partei, wenn es bei uns Leute gebe, die der Lenkungsabgabe zustimmten. Ja, liebe Frauen und Männer, ist es denn bürgerlich, wenn man wegen leerer Staatskassen mit rigorosen Sparmassnahmen zum Beispiel die ländlichen Gebiete trifft und die Randregionen in Zukunft stärker belasten muss? Ich sage es nochmals: Ist das bürgerlicher? Ich weiss, die Autofahrer sind bei den sogenannten «echten bürgerlichen Kreisen» eine heilige Kuh mit einer gewaltigen Lobby. In diesem speziellen Fall bin ich jedoch gerne bereit, an diesem Heiligenschein ein wenig zu rütteln.

Andrea de Meuron, Thun (Grüne). Mich hat das Votum von Grossrat Knutti zu diesem Vorstoss irritiert. Er hat gesagt, man könne nicht die ganze Zeit neue Autos kaufen. Das verlangt auch niemand. Bei diesem Vorstoss geht es nicht darum, dass man andauernd neue Autos kaufen muss und sich dies nicht leisten kann. Es geht darum, dass ökologische Kriterien den Kaufentscheid mitbeeinflussen, wenn man ein Auto erwirbt. Meines Wissens haben wir im Oberland noch kein Erdöl. Ich würde es begrüssen, wenn man mithilfe, die Unabhängigkeit von den erdölexportierenden Staaten zu fördern. Dann habe ich gehört, es sei «nicht bürgerlich», was da verlangt werde. Das kann ich nicht beurteilen, doch es ist auf jeden Fall vernünftig. Deshalb danke ich jenen, die mithelfen,

diesen zukunftsgerichteten, vernünftigen Vorstoss zu unterstützen.

Präsident. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Postulat. Nun hat der Polizei- und Militärdirektor das Wort.

Hans-Jürg Käser, Polizei- und Militärdirektor. Letzte Woche war die Rede davon, dass dies ein innovativer Ansatz sein könnte. Der Motionär hat sich etwas überlegt, um einen neuen Ansatz einzubringen. Diese Absicht schätze ich persönlich sehr. Innovativ, geschätzte Damen und Herren, war unsere Ecotax-Vorlage. Grossrat Hadorn war damals Kommissionspräsident und sagte am Rednerpult, er sei ein Fan der Ecotax. Doch das ist Geschichte. Es folgten der Volksvorschlag und die Abstimmung. Man hat die Motorfahrzeugsteuer gesenkt. Der ökologische Ansatz ist immer noch dabei, aber er ist nicht mehr so bedeutend. Wir haben gehört, dass der Motionär den Vorstoss in ein Postulat wandelt. Das Neue und Innovative an diesem Vorstoss besteht darin, dass schon beim Kauf eines Autos eine Gebühr entrichtet werden muss. So etwas gibt es in keinem anderen Kanton. Allerdings ist noch nicht klar dargelegt, wie man mit Occasionen verfahren soll. In der Begründung steht lediglich, «es ist darauf zu achten, dass auch die Immatrikulation von Occasionen, die noch nicht im Kanton Bern eingelöst waren, angemessen belastet wird.» Dies zu regeln, wäre mit einem gewissen Aufwand verbunden. Zudem wäre die neue Regelung sehr einfach zu umgehen: Man könnte seinen Neuwagen ausserhalb des Kantons Bern kaufen, wo es keine solche Steuer gibt, und ihn dann in den Kanton Bern einführen. Jetzt ist es ein Postulat, doch auch in dieser Form ist es ein schwieriger Vorstoss. Aber wenn der Rat ihn überweist, würden die Walliser sagen, «de müessewer de lüegu». *(Heiterkeit.)*

Präsident. Nun hat der Postulant nochmals das Wort.

Markus Wenger, Spiez (EVP). Ich möchte ein Missverständnis klären und auf ein Problem eingehen. Zuerst zum Missverständnis. Die Grossräte Moser und Knutti haben davon gesprochen, dass es keine Inverkehrsetzung gebe, wenn man ein Auto kaufe, das nicht neu sei. Der Regierungsrat hat von etwas Ähnlichem gesprochen. Doch es ist so: Wenn ich das Auto im Kanton Solothurn kaufe, aber im Kanton Bern in Verkehr setze und ein Berner Nummernschild dafür brauche, dann wird diese Steuer geschuldet. Diese Sache werden wir in den Griff bekommen.

Nun zum Problem: Es wurde verschiedentlich darauf hingewiesen, dass das Stimmvolk eine höhere Belastung der Autofahrer abgelehnt habe. Das müssen wir tatsächlich im Auge behalten, und wir haben uns dazu auch Gedanken gemacht. Schon bald schreiben wir das Jahr 2017, das heisst, demnächst ist es fünf Jahre her seit der legendären Abstimmung. Dann wird sich der Regierungsrat nächstes Jahr intensiv mit diesem Postulatstext befassen und eine schlaue Vorlage erarbeiten. Dabei vergeht schon wieder ein Jahr. Es folgen die Vernehmlassung sowie die erste und zweite Lesung. Wieder vergeht ein Jahr. Wir wollen die natürlichen Personen steuerlich entlasten, möchten aber rechtzeitig eine kleine Gegenfinanzierung haben. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir den Auftrag jetzt erteilen. Dann wird diese Vorlage zum richtigen Zeitpunkt fertig sein. Wir möchten, dass die Entlastung und die zusätzliche Besteuerung zeitgleich erfolgen. Das ist die Absicht dahinter. Deshalb ist es wichtig, heute zu starten.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung über dieses Postulat. Wer es annehmen will, stimmt ja, wer dies nicht tun will, stimmt nein.

Abstimmung (als Postulat)

Textfeld frei (Erläuterungen zur Abstimmung)

Annahme als Postulat

Ja	77
Nein	69
Enthalten	1

Präsident. Sie haben das Postulat angenommen.